

15. November 2007, 12:11 Uhr

**OPERATION ENDURING FREEDOM****Bundestag verlängert Afghanistan-Mandat**

**Der Bundestag hat den Weg für die weitere Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den internationalen Terrorismus freigemacht. Für die Verlängerung des Mandats der Operation Enduring Freedom um ein Jahr stimmten 414 Abgeordnete, dagegen 145.**



Im Einsatz für "Operation Freedom": Ein Marinesoldat vor dem Horn von Afrika Foto: DDP

In der vorausgehenden Debatte über die „Operation Enduring Freedom“ (OEF), die Einsätze im Mittelmeer, am Horn von Afrika und in Afghanistan umfasst, hatten sich Union, SPD und FDP für die Verlängerung ausgesprochen. Linksfraktion und Grüne lehnten sie ab. 15 Abgeordnete enthielten sich bei der Abstimmung. [Hier können Sie genau nachvollziehen, welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat.](#)

Die Beteiligung deutscher Soldaten an dem US-geführten Einsatz in Afghanistan war allerdings auch in der SPD-Fraktion lange umstritten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow (SPD), sagte, er zolle den Kollegen Respekt, die sich die Entscheidung über die Verlängerung von OEF nicht leicht gemacht haben. Militäreinsätze seien keine „parlamentarischen Spaziergänge“. Er verwies auf die Verbesserungen bei den Einsatzregeln, in denen nun Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und die kulturelle Tradition sowie die Vermeidung von zivilen Opfern gefordert werden. Das „muss konsequent umgesetzt werden“, forderte er.

Derzeit ist die deutsche Beteiligung an OEF im wesentlichen auf die Seeaufklärung am Horn von Afrika beschränkt. Laut Mandat dürfen höchstens 1.400 Soldaten entsendet werden. Kolbow sagte, der stabilisierende Einfluss des Einsatzes am Horn von Afrika sei unbestritten. Er verwies auch auf das gewandelte Aufgabenspektrum in Afghanistan. 80 Prozent der OEF-Kräfte kümmerten sich inzwischen um die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee.

**Ausbildung ist gleichzeitig Exit-Strategie**

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Andreas Schockenhoff, sagte, die Konzentration auf die Ausbildung diene letztlich auch der Exit-Strategie. Nur wenn Afghanistan für seine eigene Sicherheit sorgen könne, könne die internationale Gemeinschaft aus dem Land am Hindukusch abziehen. Schockenhoff warnte vor der „irreführenden Unterscheidung in ein gutes Isaf- und ein böses OEF-Mandat“. Auch die ISAF-Truppen zur militärischen Unterstützung des Wiederaufbaus müssten manchmal „militärisch robust“ handeln.

Unterstützung für die OEF-Verlängerung erhielten die Regierungsfaktionen von der FDP. Deren außenpolitischer Experte Werner Hoyer sagte, die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus bleibe eine Herausforderung. Der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner sagte, mit der Zustimmung zu OEF könne man der Bevölkerung sagen: „Wir tun etwas für Afghanistan, aber wir schützen uns damit auch selber.“

**Linke und Grüne stimmten dagegen**

Für die Linksfraktion kritisierte der Abgeordnete Wolfgang Gehrcke: „Deutschland führt Krieg am Hindukusch, und das ist schlimm.“ Die Bilanz des Krieges gegen den Terror laute: Die Gefahr sei nicht kleiner geworden, sondern größer. Die Linksfraktion bezweifelte erneut die rechtliche Grundlage für das Mandat.

Grünen-Vizefraktionschef Jürgen Trittin warnte: „OEF gefährdet den Erfolg von Isaf.“ Es dürfe in Afghanistan nur ein Kommando der internationalen Gemeinschaft geben. Neben Isaf gebe es „keinen Raum für Rambo-Aktionen“. Die sinnvolle Aufgabe, die die OEF-Soldaten mit der Ausbildung afghanischer Soldaten erledigten, könne auch ISAF übernehmen.

AP/SA

Anzeige



#### **ÖKOLOGISCHES INVESTMENT!**

Windkraft und biogene Kraftstoffe: 8% Zinsen p.a. mit den Energiequellen unserer Zukunft.

[Mehr Informationen»](#)

Anzeige



#### **Prokon Genussrechte!**

Windkraft und biogene Kraftstoffe: 8% Zinsen p.a. mit den Energiequellen unserer Zukunft.



#### **Preissturz bei congstar!**

Mit dem Testsieger jetzt nur 9 Cent/Min. und SMS in D-Netz-Qualität. Hier klicken und sparen!



#### **Jobs für Führungskräfte**

Deutschlands größter Stellenmarkt für hochqualifizierte Spitzenkräfte ab 60.000€. 1.500 Headhunter